

Piratenpartei Deutschland Pflugstr.9a 10115 Berlin

Philine Edbauer  
c/o MACHWERK  
Am Krögel 2  
10179 Berlin

Berlin, 13.01.2025

## **Ihre Wahlprüfsteine zur Bundestagswahl**

Sehr geehrte Frau Edbauer,  
in der Folge erhalten Sie unsere Antworten auf Ihre Fragen zur  
Bundestagswahl 2025

### **1. Ent/Kriminalisierung**

#### **Ist ein teilweises Zurücknehmen des CanG mit Ihnen denkbar oder ausgeschlossen?**

Ausgeschlossen. Wir sehen die bisherigen Regelungen im CanG für nicht ausreichend, die Gleichstellung von Genusscannabis mit anderen suchterzeugenden Genussmitteln zu erzeugen. Statt einer Rücknahme der gesetzlichen Spielräume planen wir vielmehr die notwendigen Schritte zu einer vollständigen Gleichstellung mit Alkohol und Nikotin zu befördern.

#### **Werden Sie sich um eine Ausweitung der Entkriminalisierung und legaler Produktions- und Erwerbsmöglichkeiten bemühen, sowohl für Cannabis als auch für andere psychoaktive Substanzen?**

Ja

#### **Welche Konsequenzen ziehen Sie aus den Handlungsempfehlungen des UN-Hochkommissars für Menschenrechte von 2023 (2024 bekräftigt), insbesondere zur Entkriminalisierung und dem Einführen legaler Märkte? (A/HRC/54/53, inbs. 68.)**

Dass es höchste Zeit ist, diesen Empfehlungen zu folgen.

#### **Piratenpartei Deutschland Bundesverband**

Pflugstraße 9a  
10115 Berlin

[www.piratenpartei.de](http://www.piratenpartei.de)  
[vorstand@piratenpartei.de](mailto:vorstand@piratenpartei.de)

Telefon: +49-30-27572040  
Telefax: +49-30-609897517  
[bgs@piratenpartei.de](mailto:bgs@piratenpartei.de)

#### **Vertretungsberechtigter Vorstand:**

Vorsitzender:  
Borys Sobieski

Stellv. Vorsitzender:  
Dennis Klüver

Schatzmeisterin:  
Jutta Dietrich

Stellv. Schatzmeister:  
Wolf Vincent Lübcke

Beisitzer:  
Babak Tubis

Beisitzerin:  
Lilia Kayra Kuyumcu

Beisitzer:  
Schoresch Davoodi

#### **Bankverbindung:**

GLS Bank Bochum  
IBAN: DE36430609677006027900  
BIC: GENODEM1GLS

## **2. Internationale Verhandlungen**

**Welche Anpassungen und Änderungen in den internationalen Verhandlungen über der UN- und EU-Verträge werden Sie anstoßen oder unterstützen?**

Prinzipiell sehen wir bei allen internationalen Verhandlungen die Transparenz und vollständige Information als zwingend notwendig an. Inhalte haben sich an wissenschaftlichen Erkenntnissen zu orientieren. Reine Moralklauseln lehnen wir generell ab.

**Setzen Sie sich für eine Änderung der europäischen und internationalen Verträge ein, sodass die Legalisierung des Handels von Cannabis für den Freizeitgebrauch ausdrücklich ermöglicht wird?**

Ja

**Unterstützen Sie die Beendigung der internationalen “Drogenbekämpfung” (“narcotics control”) mit Geldern der Entwicklungszusammenarbeit oder anderen öffentlichen Mitteln?**

Ja

## **3. Flächendeckender Zugang zu evidenzbasierter Suchtbehandlung und diskriminierungsfreier Gesundheitsversorgung**

**Wie genau werden Sie sich für die flächendeckende Verwirklichung des Zugangs zu allen evidenzbasierten Hilfsangeboten und Behandlungen einsetzen?**

Wir Piraten setzen uns prinzipiell für evidenzbasierte Heilbehandlungen ein. Daher werden wir die notwendigen Ergänzungen im SGB beantragen und bereits vorhandene Hürden weiter abtragen.

**Wie stellen Sie sicher, dass inhaftierte Menschen und Menschen ohne Krankenversicherung hiervon nicht ausgeschlossen werden?**

Der Staat hat für Gefangene die rechtliche Verantwortung. Nach § 58 StrafVG haben Gefangene Anspruch auf Krankenbehandlung, wenn sie notwendig ist, um eine Krankheit zu erkennen, zu heilen, ihre Verschlimmerung zu verhüten oder Krankheitsbeschwerden zu lindern. Wir werden uns mit den entsprechenden Interessenvertretungen in Verbindung setzen, um dennoch notwendige Klarstellungen zu erörtern und zu beantragen.

Hinsichtlich Menschen ohne Krankenversicherung werden wir den Kontakt zu potentiellen Anbietern in den vier Bundesländern suchen, die noch keine Clearingstelle oder vergleichbare Angebote haben, um hier Hilfsangebote zu unterbreiten.

**Verstehen Sie die Freiwilligkeit von Suchtbehandlungen als unabdingbares Prinzip?**

Unser Leitspruch "Freiheit - Würde - Teilhabe" sagt aus, dass die Freiheit jeder Person so lange gilt, bis die Freiheit einer anderen eingeschränkt ist. Das gilt selbstverständlich auch für die Frage

von Suchtbehandlungen, die auf freiwilliger Basis erfolgen müssen.

**Wie bewerten Sie die Situation und die Handlungsmöglichkeiten auf Bundesebene im Umgang mit Landesregierungen, die eine lokale Umsetzung von schadensmindernden Angeboten wie Drug Checking und Drogenkonsumräume verhindern?**

Negativ, derartige Einrichtungen sind für uns essenzielle Bestandteile einer umfassenden Prävention.

**Was werden Sie unternehmen, um die weitreichende und Stigmatisierung im Gesundheitssystem und in der Öffentlichkeit im Allgemeinen abzubauen?**

Hier muss viel in Sachen Bildung und damit verbunden dem Abbau von Vorurteilen investiert werden. Nur so sehen wir die Möglichkeit, evidenzbasierte Haltungen allgemein zu verfestigen.

**4. Evidenzbasierte Prävention in Öffentlichkeitskampagnen und an Schulen  
Wie definieren Sie die Ziele wirksamer Prävention?**

Wirksame Prävention muss schon das Ausprobieren von suchterzeugenden Stoffen und Handlungen minimieren. Hierzu sind sowohl niedrigschwellige Bildungs- wie auch Hilfsangebote notwendig.

**Nach welchen Maßstäben werden Sie die öffentlichen Informations- und Aufklärungskampagnen der BZgA messen und bewerten? Orientieren Sie sich an den European Drug Prevention Quality Standards (EDPQS) oder vergleichbaren evidenzbasierten Handlungsempfehlungen für wirksame Prävention?**

Letzteres. Evidenzbasierte Entscheidungen sind die Grundlage unseres Handelns.

**Was werden Sie unternehmen, um eine flächendeckend garantierte Qualität von Prävention an Schulen sicherzustellen?**

Da Bildungspolitik Ländersache ist, bleibt dazu nur ein Beschluss der Kultusministerkonferenz hinsichtlich der Einführung von qualitativ hochwertigen Präventionsprojekten übrig.

**5. Forschungsförderung**

**Werden Sie sich für die Forschung zu medizinischen Potenzialen von psychoaktiven Substanzen wie Cannabis, Psilocybin, Ketamin, LSD, DMT und Fliegenpilz einsetzen, insbesondere durch das Bereitstellen finanzieller Mittel auf Bundesebene und die Genehmigung der Verwendung illegalisierter Substanzen für die Erforschung an**

## **Universitäten?**

### **Unterstützen Sie die Erforschung und Durchführung von Substitution bei Abhängigkeit von Pulver-Kokain, Crack-Kokain und Benzodiazepinen?**

Wir beantworten beide Fragen gemeinsam: Ja. Forschung, insbesondere Grundlagenforschung, zu fördern, ist eine unserer Grundforderungen im Bildungsbereich.

## **6. Regulierung von Tabak- und Nikotinprodukten, Nichtraucherchutz**

### **Werden Sie das Rahmenübereinkommen der WHO zur Eindämmung des Tabakgebrauchs (FCTC) umsetzen?**

Ja. Die Umsetzung internationaler Vereinbarungen sollte das Ziel einer jeden Regierung sein.

### **Werden Sie sich für rauchfreie Zonen in der Öffentlichkeit einsetzen, zum Beispiel rund um Schulen und tagsüber in Fußgängerzonen, wie sie auch als Teil des CanG eingeführt wurden?**

Wir setzen uns für eine vollständige Gleichbehandlung von Tabak- und Cannabisprodukten ein. Allerdings sehen wir hier eher den umgekehrten Weg einer Gestattung des Cannabiskonsums überall dort, wo auch Tabakkonsum gestattet ist.

### **Halten Sie den Kontakt von Bundesregierung, Parteien und Ministerien mit Lobbyverbänden der Tabakwirtschaft für verzichtbar?**

Verzichtbar ist der Kontakt wahrscheinlich schon, geholfen wäre schon mit einer wirklich transparenten Darstellung, wer wann wo mit wem worüber gesprochen hat. Dementsprechend muss auch das Lobbyregister angepasst werden.

### **Setzen Sie sich für eine Erhöhung der Tabaksteuer ein, so wie sie vom DKFZ empfohlen wird.**

Hierzu haben wir keine konkreten Pläne, weisen aber darauf hin, dass die Tabaksteuer schon heute bis zu 75% des Verkaufspreises beträgt.

## **7. Alkohol-Regulierung**

### **Welche Maßnahmen werden Sie umsetzen, um auf die hohen Todeszahlen im Zusammenhang mit Alkoholgebrauch zu reagieren?**

### **Welche Maßnahmen planen Sie, die den Alkoholmarkt betreffen?**

Beide Fragen werden gemeinsam beantwortet: Wir werden die Evidenz der bisherigen Maßnahmen prüfen und wenn notwendig weiter gehende Anpassungen beantragen.

**Im Jugendschutzgesetz ist geregelt, dass Jugendliche ab 14 Jahren in Begleitung von Erziehungsberechtigten Bier, Wein oder Sekt konsumieren dürfen. Werden Sie sich dafür einsetzen, diese Regelung zu ändern, um den Zugang zu Alkohol für Jugendliche stärker einzuschränken?**

Auch hier gilt, die Wirksamkeit der bisherigen Regelung zu evaluieren und wenn notwendig zu verschärfen.

## **8. Beteiligung**

**Werden Sie die konstante Beteiligung der von drogen- und suchtpolitischen Entscheidungen betroffenen Bevölkerung, insbesondere der Menschen, die jene Substanzen konsumieren, die nach dem CanG, BtMG und NpSG geregelt sind, sicherstellen?**

Ja. Wie in allen Bereichen sind die Betroffenen bei Entscheidungen zu konsultieren. Dies erfolgt in einer transparenten Art, sodass immer klar ist, welche Einflüsse auf die Gesetzgebung von den beratenden Personen ausgehen.

**Inwiefern setzen Sie sich dafür ein, dass die nötigen finanziellen Mittel hierzu bereitgestellt werden und die Kriminalisierung kein praktisches Hindernis für die Beteiligung darstellt?**

Wir werden die entsprechenden Hindernisse abzubauen versuchen.

Mit freundlichen Grüßen  
Piratenpartei Deutschland  
Thomas Ganskow  
Bundeskoordinator Wahlprüfsteine